

Der Vorsitzende Abg. Donix erläuterte vorab den Hintergrund. Die SPD-Kreistagsfraktion habe sich in der letzten Ausschusssitzung bereit erklärt, den Antrag vom 29.08.2012 bis zu den Haushaltsberatungen näher zu erläutern. Daraus wären nun drei Einzelanträge von 30.01.2013 entstanden, wie unter Punkt 3.1 bis 3.3 angegeben. Er schlage vor, diese Einzelthemen sowie den nun noch zusätzlich auf die Tagesordnung genommenen Punkt 3.4 zunächst gemeinsam zu beraten und anschließend getrennt darüber abzustimmen.

Abg. Recki legte kurz dar, was die SPD-Fraktion bewegt habe, die zu beratenden Anträge zu stellen. In diesem Zusammenhang richtete sie die Frage an die Verwaltung, wie sich die in der Anlage 3 zu TOP 3 der Tagesordnung bezifferten Kosten für die Maßnahme unter TOP 3.1 zusammensetzen würden. Auch bitte sie die Kosten nach den einzelnen Anträgen aufzuschlüsseln. Ltd. KVD Allroggen gab einen Überblick über den derzeitigen Stand der Gespräche mit den Städten und Gemeinden. Es sei ein Gespräch zwischen dem Landrat und den Bürgermeistern geplant, um die Aufgabenverteilung zwischen Kreis und Kommunen zu erörtern. Zur Frage der Abg. Recki gab Ltd. KVD Allroggen an, das vorhandene Personal sei maximal ausgelastet. Weitere Aufgaben können nur bei Verstärkung des Personals geleistet werden.

Abg. Feilen wies darauf hin, dass das Thema „Inklusion“ auch aus Sicht der übrigen Fraktionen von herausragender Bedeutung sei. Allerdings könne die Verwaltung keine weiteren Aufgaben leisten, wenn sie hierfür kein zusätzliches Personal genehmigt bekomme. Zusätzliches Personal könne angesichts der Haushaltslage aber nicht bereitgestellt werden. Die CDU-Kreistagsfraktion schlage daher vor, ein Thema nach dem anderen anzugehen. Er stellte klar, dass aus Sicht seiner Fraktion schon Einiges zur Umsetzung von Inklusion getan worden sei, wie auch der Bericht der Behindertenbeauftragten zeige. Daneben gebe es den Aktionsplan der Landesregierung, der alle möglichen, noch anzugehenden Themen behandeln würde. Auch befasse sich der Landschaftsverband Rheinland intensiv mit dem Thema Inklusion. Vor diesem Hintergrund sei es schwierig, mit den Anträgen der SPD-Kreistagsfraktion umzugehen. In diesem Zusammenhang gab er zu Bedenken, dass die Einrichtung einer Stabstelle Inklusion in die Organisationshoheit des Landrats falle. Dem schloss sich die Abg. Kunert an. Sie teilte mit, dass sich ein Antrag auf Einstellen von Projektmitteln für Inklusion innerhalb der Koalition in der Abstimmung befinde und voraussichtlich zur Sitzung des Finanzausschusses vorgelegt werde.

SkB Ay unterstrich die Wichtigkeit, mit der das Thema Inklusion zu behandeln sei. In diesem Zusammenhang stellte er klar, dass sich das Thema Inklusion nicht in den nächsten fünf Jahren erledigen werde, sondern die Umsetzung Jahrzehnte andauern werde. Die Finanzierung sei zuallererst Aufgabe des Landrats und nicht der Politik. Es müsse geprüft werden, welche Aufgaben aus eigenen Mitteln finanziert werden könnten und durch welche Stellen weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten. Daher sei eine Strategie gefragt, die erforderlichen Mittel zu beschaffen und Konzepte für das weitere Handeln zu erarbeiten. Abg. Recki betonte, dass sie die Anträge der SPD-Kreistagsfraktion als ersten Anfang zur Durchsetzung der Inklusion sehe. An der Finanzierung müsse sich sowohl das Land als auch der Bund beteiligen. Wie die Aufgabe in der Kreisverwaltung geschultert werde, sei Sache des Landrats bzw. der Schwerpunktsetzung innerhalb des Budgets des Sozialbereichs. Das Thema Inklusion dürfe nicht wegen fehlender finanzieller Mittel scheitern.

Abg. Otter bat den Antragsteller um Erläuterung, welche Aufgaben die Stabstelle haben solle.

Abg. Bientreu regte an zu überlegen, wo Inklusion anfangen. Der RSK habe mit der amtierenden Behindertenbeauftragten eine kompetente Fachfrau, die alles gut koordiniere. Es sei nicht sinnvoll, ihr eine Stabstelle voran zu stellen. Abg. Mazur-Flöer betonte, dass die Anträge der SPD-Kreistagsfraktion nicht bezwecken würden, die Verwaltung anzugreifen. Die angedachte Einrichtung eines Fachbeirats

gebe zusätzlich den Betroffenen ein Stimmrecht. Abg. Recki stellte klar, mit den Anträgen der SPD-Kreistagsfraktion die Behindertenbeauftragte unterstützen zu wollen. SkB Rentzsch gab an, die FDP-Kreistagsfraktion würde den Antrag hinsichtlich der Einrichtung eines Beirats unterstützen. Dagegen sollten die Mittel, die für die Einrichtung einer Stabstelle erforderlich seien, besser für sachbezogene Projekte genutzt werden.

In der Diskussion zu TOP 3.4, an der sich Abg. Bientreu, SkB Rentzsch und Abg. Kunert beteiligten, wurde darauf hingewiesen, dass die geforderten Maßnahmen bereits im Bericht der Behindertenbeauftragten für 2011 enthalten seien. Umbauten würden im Rahmen der Brandschutzsanierung erfolgen; man vertraue hier auf die Arbeit des Gebäudemanagements. Der Antragsteller erläuterte, mit dem Antrag wolle man die Notwendigkeit nochmals besonders betonen.

Abg. Recki bat darum, über jeden Antrag einzeln abzustimmen.